

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 231

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 1 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Donnerstag, den 2. Oktober

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenschild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg verleiht seinen diesjährigen Geburtstag in voller Zurückgezogenheit an seinem bekannten süddeutschen Erholungsort in Dietramszell und nimmt Freitag an der Beerdigung des Prinzen Leopold von Bayern teil.

* Das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz verurteilt den Berliner Oberbürgermeister Bötz zu einer Geldstrafe in Höhe eines Monatsgehaltes.

* Im Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere beantragte der Reichsanwalt gegen die drei Angeklagten je zwei Jahre sechs Monate Festung.

* Die Prager Polizeioffiziere, die sich weigerten, gegen die deutschfeindlichen Unruhen einzutreten, werden zur disziplinarischen Untersuchung gezogen.

Das Programm.

Wie man sich auch zu den allgemeinen Absichten und zu den Einzelheiten des soeben veröffentlichten Finanz-, Steuer-, Verwaltungs- und Wirtschaftsprogramms der Regierung stellen mag, — eines wird auch der Kritiker zugeben: so einschneidend, so weitgehend, so rücksichtslos, wo es notwendig erscheint, und so angefüllt mit grundlegenden Änderungen wie diese Reformvorschlüsse der Regierung es sind, hat das deutsche Volk seit dem großen Gefühlsregungszeit der Jahre 1924/25 nichts gesehen. Damals mußte der durch Inflation und Währungsstabilisierung herbeigeführten „Umwertung aller Werte“ Rechnung getragen werden und heute verlangten Wirtschaftsnöte und Finanzkrise im Reich, in den Ländern und Kommunen wieder eine rücksichtslos zupackende Reform von oben bis unten, von der Reichsverwaltung bis hinunter zur letzten, kleinsten Gemeinde.

Grundgedanke dieser Reform mußte sein: die Belastung der Wirtschaft durch die Steuern, Abgaben, Gebühren usw. ist zu groß, die Kosten der öffentlichen Verwaltung sind zu hoch geworden, als daß wir unter diesen Umständen die Wirtschaftskrise, die steigende Not der Arbeitslosigkeit, des Abgabemangels überwinden können; also ist ein radikaler Abbau der öffentlichen Lasten durch Herabdrückung der Verwaltungsausgaben notwendig. Der Haushalt des Reichs, der Länder und der Kommunen hat dem Rechnung zu tragen und es genügt nicht etwa bloß, ihn nur „zum Ausgleich zu bringen“, also das unaufhörliche Steigen der Ausgaben durch Vermehrung der Einnahmen, durch schärferen Steuerdruck wettzumachen. Zumal eine Erhöhung der Steuer usw. -einkünfte nicht mehr möglich ist oder nur in noch tiefere Wirtschaftsnot hineinführt.

Aufatmend begrüßt es daher der geplagte Steuerzahler, daß er nur an zwei Stellen dieses Programms eine Vermehrung der auf ihm ruhenden Last entdeckt. Die eine ist schon in den nächsten Tagen zu erwartende Heraushebung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um 2 Prozent auf 6,5 Prozent und — für später — eine Erhöhung der Tabaksteuer. Andererseits sind sehr weitgehende Steuerumstaltungen vorgeschlagen, die an gewissen Stellen wohl auch dann zu Steuererleichterungen führen können, so besonders bei den Realsteuern in Ländern und Gemeinden. Andere Entlastungen sollen aus der Überlegung heraus erfolgen, daß häufig die Erhebungskosten für gewisse Steuern, vor allem in ihren unteren Stufen, in einem wenig erfreulichen Verhältnis zum Ertrag stehen, daß ferner unser Steuersystem vielfach allzu kompliziert und daher auch wieder allzu kostspielig ist, Vereinfachung und bessere Übersichtlichkeit also eine beträchtliche Erleichterung für den Steuerzahler und geringere Erhebungskosten herbeiführen würden. Besonders werden es Landwirtschaft und Kleingewerbetreibende begrüßen, daß im Interesse der Verbilligung aller Finanzverwaltungen in Reich, Ländern und Gemeinden gerade diesen Steuerzahlern eine Vereinfachung und Vereinfachung auf dem Gebiet der Besteuerung besichert werden soll.

Die Vorschläge für die Kürzung aller Beamtengehälter um 6 bis 20 Prozent, der Wartegelder und Pensionen bei Bezügen über 1500 Mark werden nun freilich als „Sondersteuer“ und sicherlich auch als sehr hart empfunden werden, zumal sie ja nicht etwa nur auf die Beamten, Pensionäre usw. des Reiches beschränkt sind, sondern auf die der Länder, Gemeinden und aller Körperschaften des öffentlichen Rechts hinübergreifen werden. Überall werden auch — die Abgeordneten dran glauben müssen! — den Beamten der Reichsbahn und Reichsbank wird es um nichts besser gehen. Parallel damit soll nun aber auch eine umfassende Streichung bei allen Ausgaben des künftigen Reichshaushalts erfolgen und diesem Beispiel werden auch die Länder und Gemeinden folgen müssen, schon deswegen, weil sie mit sehr viel geringeren Beträgen aus den Überweisungssteuern zu rechnen haben angesichts des erheblichen Rückgangs bei den Erträgen dieser Steuern. Und hier wird nun auch noch eine schärfere Haushaltskontrolle der Länder und der Gemeinden durch das Reich oder wohl auch durch den Sparkommissar vorgeschlagen, was auf der Gegenseite allerdings recht wenig Gegenliebe finden wird, nur von dem größten deutschen Freistaat, in Preußen, angeblich schon gebilligt worden ist; hierüber wird es wohl bei der Beratung der Entwürfe im Reichstag zu bestigen Auseinandersetzungen kommen. Soll doch auch der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in wesentlichen Punkten stark abweichend von dem jetzigen Zustand geregelt, den Kommunen z. B. das frühere Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer gegeben werden, allerdings mit erheblichen Einschränkungen.

Vor neuen Entschlüssen des Kabinetts

Die Reformpläne der Regierung.

Reichstag angeblich 6. Oktober?

Zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Sozialdemokratie angehörigen preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun hat eine Unterredung stattgefunden, in der Dr. Braun erklärt haben soll, die Reformpläne der Reichsregierung würden in einer alsbald stattfindenden Kabinettsitzung der preussischen Regierung durchgeprüft werden. Von einer Seite wird die Nachricht verbreitet, die Reichsregierung beabsichtige, den Reichstag nicht erst am 13., sondern schon zum 6. Oktober einzuberufen. Jedoch wird dieser Meldung nicht viel Glauben geschenkt. Eine Sitzung des Reichskabinetts, die am Mittwoch hätte stattfinden sollen, um die parlamentarischen Erfolgsaussichten zu überprüfen, ist nicht einberufen worden. Man nimmt an, daß der Kanzler im Laufe der nächsten Tage Verhandlungen mit den Führern aller in Betracht kommenden Parteien aufnehmen wird. Eine Unterredung, die er mit den Führern der Sozialdemokratie, Reichskanzler a. D. Müller-Franken und Weis, hatte, ist ohne amtlichen Charakter gewesen und diente lediglich zur Unterrichtung. Der erste amtliche Empfang der Sozialdemokratievertreter ist für Donnerstag vorgesehen. Von den Nationalsozialisten sollen für die Verhandlungen mit dem Reichskanzler angeblich der thüringische Innenminister Dr. Frid und Rechtsanwalt Dr. Franke ausersessen worden sein.

Kein früherer Reichstagsbeginn.

Zu den Gerüchten, wonach die Reichsregierung sich mit der Absicht trägt, den Reichstag bereits am 6. Oktober zusammentreten zu lassen, verlautet, daß im Reichstag von einer derartigen Abänderung des schon festgesetzten Termins vom 13. Oktober nichts bekannt ist. Abgesehen davon, daß in wenigen Tagen der Umbau des Sitzungssaales für die vermehrte Abgeordnetenzahl kaum hergestellt werden könnte, stehen die Namen der einzelnen Abgeordneten noch nicht endgültig fest, da die Anfragen des Reichswahlleiters über die Annahme der Wahl an die Gewählten noch im Lauf sind.

Im Laufe des Mittwochs hat Brüning eine Abordnung des Deutschen Städtetages empfangen. Bei der Besprechung dürften zwischen Dr. Brüning und den Vertretern des Deutschen Städtetages die wichtigsten kommunalpolitischen Fragen des Regierungsprogramms erörtert worden sein. Dabei dürfte von Seiten der Städte auf die Bedenken hingewiesen worden sein, die die Kommunen gegen einzelne Teile des Programms bereits vorher zum Ausdruck gebracht haben.

Die Städtevertreter beim Kanzler.

Berlin, den 2. Oktober.

Eine Abordnung des Vorstandes des Deutschen Städtetages wurde am Mittwoch vom Reichskanzler Dr. Brüning in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich und des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald empfangen. Die städtischen Vertreter nahmen Veranlassung, die Gesamtlage der deutschen Städte eingehend vorzutragen und insbesondere das Problem der Wohlfahrtserverswerbslosen und die Notwendigkeit der Neuordnung der Krisenfürsorge darzulegen. Die sehr eingehende Aussprache ergab Übereinstimmung, daß die erforderlichen Reformmaßnahmen mit größter Beschleunigung durchgeführt werden müssen. Die Notlage der Gemeinden erfordert nach Auffassung der Gemeindevertreter eine sofortige Abhilfe durch Ausdehnung der Krisenfürsorge, die seitens des Reiches in den nächsten Wochen grundsätzlich umgestaltet werden soll. Die Notwendigkeit enger Fühlungnahme bei der Lösung der schwierigen Gegenwartsfragen wurde besonders hervorgehoben.

Heute Parteiführer-Besprechungen.

Berlin, den 2. Oktober.

Nach der ersten unverbindlichen Fühlungnahme mit Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei wird Reichskanzler Dr. Brüning am heutigen Donnerstag die offiziellen Besprechungen über das Regierungsprogramm und dessen parlamentarischen Möglichkeiten mit den Parteifüh-

ren beginnen. Der Reichskanzler wird am Donnerstagvormittag zunächst den Grafen Westarp von der konservativen Volkspartei im Beisein des Ministers Schiele empfangen, darauf von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Wels und Hermann Müller. Die Reihenfolge der übrigen Parteiführer-Empfänge steht noch nicht fest.

Was die Inlandspresse sagt.

Die Beurteilung der Regierungsentschlüsse ist je nach politischer Einstellung natürlich verschieden, doch darf im ganzen gesagt werden, daß sich vorläufig wenigstens allerwärts das Bestreben zeigt, das Kabinettsprogramm so sachlich wie möglich zu besprechen.

Anerkennend schreibt das Zentralorgan des Zentrums, die Germania: „Andere Möglichkeiten zur erfolgreichen Überwindung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Not und zur Anbahnung einer dauerhaften Gesundung sind nicht vorhanden. Und vor allem: Es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Wenn sich im Reichstag wider Erwarten eine Mehrheit für die Maßnahmen des Kabinetts nicht finden sollte, dann bedeutet dies eine Gefährdung von Volk und Staat, die in ihrer ganzen Tragweite noch gar nicht abzusehen ist.“

Dagegen sagt der Berliner Lokalanzeiger: „Man kann die Wirtschaft und die Finanzen eines Volkes nicht sanieren, daß man ständig Tribute an das Ausland zahlt, die keineswegs durch einen Ausfuhrüberschuß gedeckt sind. Der Sanierungsplan des Kabinetts Brüning bedeutet weiter nichts als den Versuch, das deutsche Volk durch Sparmaßnahmen und derartiges in die Lage zu setzen, die Tribute an das Ausland etwas bequemer zu zahlen, als das bisher geschehen konnte. Sie sind kein Befreiungswort, sondern eine Anpassung an die wirtschaftliche und politische Verflawung.“

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Ohne jede sachliche Überlegung müssen alle verantwortlichen Faktoren, seien es Parteien oder Verbände, ihre Verantwortung übernehmen. Nichts kann die Verurteilung im Volke und im Ausland mehr fördern als rasches, entschlossenes Handeln und schnelle Herbeiführung der Entscheidungen, die es zu treffen gilt.“

Die Vossische Zeitung ist der Meinung: „In diesem Programm ist zweifellos der Wille zu spüren, das finanzielle Fundament des Reiches nicht locker werden zu lassen. Weniger zu erkennen ist, wie weit die Regierung an ihr parlamentarisches Fundament gedacht hat. Die Parteien, die im Kabinetts Brüning vertreten sind, haben ein Programm aufgestellt, wie es ihnen wohlgefällt. Nicht nur um des demokratischen Prinzips willen ist es wichtig, daß die verfassungsmäßigen Garantien unangefastet bleiben.“

Die Deutsche Tageszeitung nennt die vorgeschlagene Einheitsbesteuerung ein gefährliches Experiment, sagt aber im übrigen, das Programm sei geeignet, sowohl Zustimmung wie Zweifel hervorzurufen.

Der Berliner Börsen-Courier verkennt nicht, daß der Regierungsplan einen schmerzlichen Eingriff bedeute. Er ist aber für die Annahme im Reichstag.

Der Vorwärts hat die Ansicht, in diesem Programm würden die bestehenden Stände geschont, dagegen belastet es lediglich die Arbeiter, die Beamten und Angestellten. Die Darlehenspflicht des Reiches gegenüber der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufzuheben widerspreche dem Standpunkt, den alle Arbeiterorganisationen einnehmen. Soeben habe erst das Organ der Christlichen Gewerkschaften, der Deutsche, diesen Standpunkt mit aller Schärfe betont. Die endgültige Sanierung der Reichsfinanzen werde auf diesem Wege nicht erreicht werden.

Das Ausland.

Das Finanzprogramm der deutschen Regierung hat in der Pariser Presse starkes Aufsehen erregt. Vorläufig fehlen noch eingehende Beurteilungen; jedoch darf man längere Ausführungen darüber erwarten. Das „Paris Mibi“ betont, das Programm werde zweifellos nicht dazu beitragen, eine Arbeitsbeschäftigung für die Regierung Brüning zu erleichtern. — Der Eindruck des deutschen Sparprogramms in englischen Industrie- und Handelskreisen ist sehr stark. Es wirkt bestechend, daß vom Reichspräsidenten bis zum letzten Landbrotträger alle „Staatsdiener“ durch die neue Maßnahme in Mitleidenschaft gezogen werden. Einige Blätter geben in ihren Meldungen zu verstehen, daß man das Sparprogramm nicht nur als Mittel zur Überwindung einer vorübergehenden Notlage, sondern als einen Versuch auszuwerten habe, Deutschland gegenüber anderen Ländern wirtschaftlich konkurrenzfähiger zu machen. — Allgemein wird in der Presse der Vereinigten Staaten das deutsche Regierungsprogramm als „das umfassendste und kühnste Reformprogramm gekennzeichnet, das je das Reichskabinet entworfen hat.“ In der Presse wird unterstrichen, daß lediglich der Druck härtester wirtschaftlicher Notwendigkeit ein derart verzweifeltes Unterfangen rechtfertige, dessen Gelingen noch völlig ungewiß sei.

harden hinzutreten. Aber vor all diesem steht nun das große „Wenn“. Steht — die Politik, die Haltung der Parteien, des Parlaments. Erhebt sich die Kritik. Und damit die Frage, welchen Weg dieses Programm nun wirklich gehen wird.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Der Reichspräsident in Süddeutschland.

Reichspräsident von Hindenburg traf am Mittwoch in Begleitung seines Sohnes, Oberstleutnants von Hindenburg, mit dem fahrplanmäßigen T.D.-Zug von Berlin kommend in München ein. Der Reichspräsident setzte sofort im Kraftwagen der Landespolizei die Fahrt nach Dietramszell fort, wo er am Donnerstag seinen 83. Geburtstag in aller Stille begehen wird. Am Freitag wird

Die Sphinx der „öffentlichen Meinung“.

Aufgaben der Presse und ihre Erfüllung.

Der preussische Minister des Innern, Professor Doktor Wäntig, hielt auf dem 7. Deutschen Soziologentag eine Ansprache über „Presse und öffentliche Meinung“, in der er u. a. ausführte: In jedem demokratischen Gemeinwesen muß sich der Staatsmann als ausführendes Organ der gesetzgebenden Körperschaft in ganz besonderem Grade die Kontrolle und Kritik der Öffentlichkeit gefallen lassen. Daß diese Kritik und Kontrolle nicht zum mindesten auch in der Presse zum Ausdruck kommt, ist selbstverständlich, und Sie werden mir nachfühlen können, daß es einem als Objekt der öffentlichen Meinung nicht immer ganz leicht fällt, die heitere Ruhe und unerschütterliche Sachlichkeit des persönlich uninteressierten, betrachtenden Subjekts zu bewahren. Immerhin hoffe ich, daß gerade meine Eigenschaft als Soziologe es mir auch weiterhin ermöglichen wird, das Urteil der Presse als Organ der öffentlichen Meinung objektiv, d. h. ohne jede subjektive Empfindlichkeit, zu werten und in Rechnung zu stellen. Die Presse ist das wichtigste Organ der öffentlichen Meinung, zum mindesten ist das moderne Weltblatt ohne jenes geheimnisvolle und rätselhafte Etwas, das wir reichlich dunkel „öffentliche Meinung“ nennen, kaum denkbar. Aber könnte man, angezogen gewisser, nicht minder eindeutiger und völlig unwiderlegter Tatsachen, diese scheinbar allmächtige Potenz nicht ebensogut als Produkt der Presse bezeichnen, oder bedeuten die Meinungsäußerungen der vielen einzelnen, aus denen sich doch letzten Endes jene öffentliche Meinung zusammensetzt, in der Regel wirklich so viel mehr als das wandelbare Echo ihres jeweiligen literarischen Leiborgans?

Es hieße meine Kompetenzen überschreiten, wollte ich es unternehmen, zu der aufgeworfenen Frage Stellung zu nehmen. Nur dieses sei gesagt: Mit allergrößter Spannung werde ich Ihre Versuche verfolgen, diese verworrenen Gegensätze aufzuhellen. Und ich werde das nicht nur als Theoretiker, sondern auch als Praktiker tun. Denn was wäre für den Staatsmann eines demokratischen Zeitalters eine öffentliche Meinung wert, die sich dem prüfenden Auge des wissenschaftlichen Forschers als das verantwortungslos leere Machwerk profitulischer Verleger und ehrgeiziger Literaten darstellte; was eine Presse, die unter der trügerischen Maske kritischer Überlegenheit sich vor demselben Forum als die willfährige Dienstmagd hemmungsloser Massenintelligenz entpuppte?

Der versicherte Angestellte.

Wünsche und Beseitigen.

Die entschließenden Instanzen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten beschäftigten sich auf einer Reichskonferenz eingehend mit der Sozialversicherung und geben folgende Ergebnisse ihrer Beratungen und Beschlüsse bekannt.

In der Arbeitslosenversicherung ist die Herausbildung erträglicherer Verhältnisse nur von einer Aufteilung des Risikos nach den großen Wirtschafts- und Berufsgruppen zu erwarten. Es ist unerträglich, daß in der Arbeitslosenversicherung, die lediglich auf die Verhältnisse der Arbeiter zugeschnitten ist, die besonderen Bedürfnisse der Angestellten nicht berücksichtigt werden. Es ist eine Überspannung des Solidaritätsgedankens, wenn die Angestellten gezwungen werden, durch ihre Beiträge die Unterstufungen der Saisonarbeiter zu finanzieren, während Hunderttausende ihrer stollenlosen Kollegen keine Unterstützung erhalten und auf die Wohlfahrtspflege angewiesen sind. Die fehlende Berücksichtigung dieser Forderung bildet — von anderen Mängeln abgesehen — die größte Lücke in den durch die Notverordnung vorgenommenen Änderungen.

Der G. D. A. fordert daher vom neuen Reichstag eine alsbaldige Revision und Ergänzung der durch die Notverordnung durchgeführten Reformen.

Auch auf dem Gebiete der Krankenversicherung muß gegen einen Teil der durch die Notverordnung vorgenommenen Änderungen entschieden Einspruch erhoben werden. Mißbräuchliche Inanspruchnahme der Versicherung ist zu bekämpfen. Die eingeführte Arzneikostenbeteiligung und die Krankengeldgebühr schießt über das Ziel hinaus. Auch der Wegfall der Krankengeldzahlung im Falle des Gehaltsbezuges ist bedenklich, solange nicht die Gehaltszahlung einwandfrei durch Gesetz sichergestellt ist. Völlig unberücksichtigt geblieben ist auch das berechnete Verlangen nach Umgestaltung der Berufsrankenfassen zu Angestelltenrankenfassen unter weitgehender Angleichung ihrer Rechte an die der gesetzlichen Krankenfassen. Gleiches gilt für die Anpassung der Versicherungspflichtgrenze an die in der Angestellten- und Arbeitslosenversicherung geltende Grenze. Die Angestellten erwarten daher vom neuen Reichstag, daß er die Notverordnung insoweit einer Revision unterzieht.

Die Angestelltenversicherung hat in den hinter uns liegenden Jahren stabiler Währung eine erfreuliche Entwicklung genommen. Diese Tatsache rechtfertigt eine Ausgestaltung der Leistungen, die ohne Beitragssteigerung und ohne Gefährdung der Leistungssicherheit möglich ist. Die dem letzten Reichstage bereits vorgelegte Novelle muß in verbesserter Form gefordert werden.

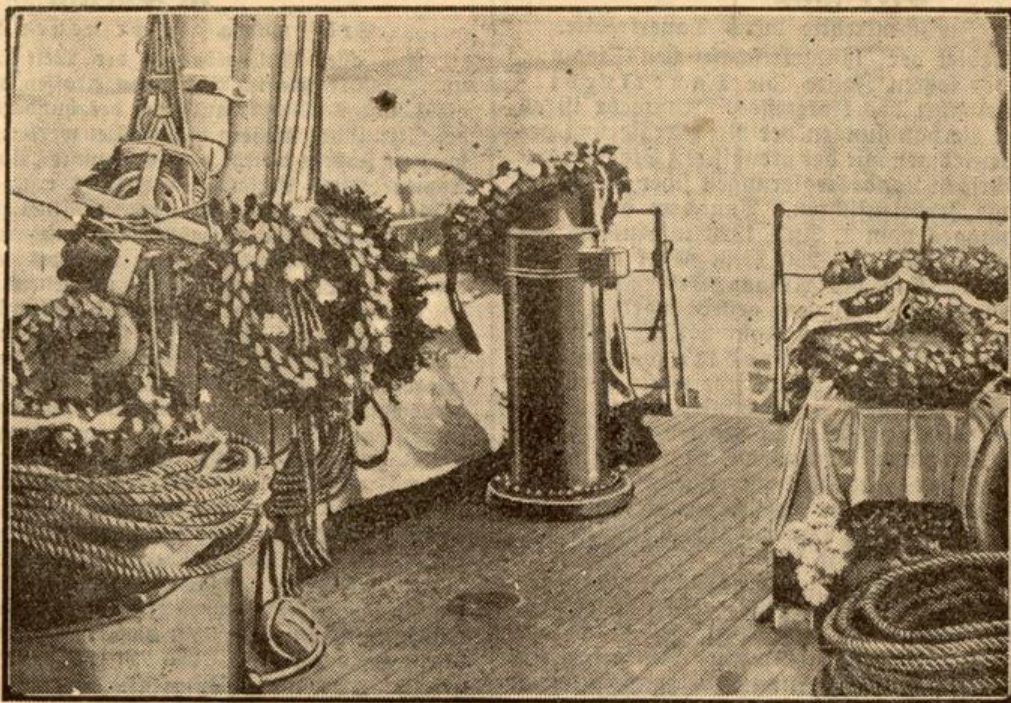
Eine Neuregelung der Wanderversicherung wäre ein sozialer Fortschritt. Sie darf aber nicht einseitig zu Lasten der Angestelltenversicherung erfolgen.

Die Frau in Ehe und Beruf.

Welche Frau arbeitet am meisten?

Im Deutschen Reich gibt es gegenwärtig 12,5 Millionen berufstätiger Frauen, von denen 3,5 Millionen verheiratet sind. Frauen, die Zimmer vermieten oder sonst nebenberuflich arbeiten, sind hierbei nicht mitgerechnet.

Was die Frauarbeit in anderen Ländern anbelangt, so ist heute Frankreich dasjenige Land, in dem die Frauen am meisten arbeiten. Hier sind nämlich 51 vom Hundert aller Frauen berufstätig. Es folgen dann Finnland mit 48, Deutschland mit 43, die Schweiz mit 31, Italien mit 29, England mit 26; die Vereinigten Staaten mit 17 und Spanien mit 10 vom Hundert berufstätiger Frauen. Diese Statistik ist lehrreich. Sie zeigt erstens einmal, daß die angelsächsische Frau ihrer ganzen Mentalität nach nicht zur Berufsarbeit neigt, sondern daß man in England und Amerika immer noch in der Hauptsache darauf eingestellt ist, Ehe und Beruf nicht zu vereinen. Daß die spanische Frau so wenig arbeitet, daß also Spanien vornehmlich ein Land der Männerarbeit ist, liegt daran, daß hier noch die frühere Einstellung, die Frau habe im Hause zu leben und sich so wenig als möglich aus demselben zu entfernen, erhalten blieb.



Die Heimkehr der toten Nordpolfahrer. Die Särge mit den Gebeinen Andrees und seiner Gefährten auf Deck des schwedischen Kanonenbootes „Svenskund“.

das die toten Helden in die Heimat zurückführt. Die „Svenskund“ ist das gleiche Schiff, das vor 33 Jahren Andrees Expedition nach Spitzbergen gebracht hat.

Aus einem Lande, wo die Frauenbewegung noch in den Kinderschuhen steckt, aus Bulgarien, berichtet kürzlich vor der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft die Vorsitzende des Bulgarischen Frauenbundes, Frau Dimitrana Swanova. Sie sprach über „Frauenbewegung, Frauenarbeit und Frauenbildung in Bulgarien“ und schilderte zunächst die Unbeeinflusst von der übrigen europäischen Frauenbewegung vor der Zeit der Befreiung vom türkischen Joch entstandenen bulgarischen Frauenvereine die ihren Zielen: Hebung des Bildungsstandes der bulgarischen Frauenwelt und Wohltätigkeit, im Rahmen der allgemeinen bulgarischen Frauenbewegung nachgingen. Da Männer wie Frauen gemeinsam unter dem Druck der türkischen Herrschaft litten, sei auch ihr Kampf ein gemeinsamer gewesen. Erst nach der politischen Befreiung des Landes, als man in Bulgarien in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht den westeuropäischen Beispielen folgte, hätten die bulgarischen Frauen auch für politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung den Kampf aufnehmen müssen, der bis heute noch nicht zur Erringung des Frauenwahlrechts geführt habe, wenn auch besonders auf dem Gebiet der beruflichen Gleichstellung teilweise sehr gute Erfolge erzielt worden seien.

Ein Gefallenendenkmal für Friedrichshafen.



das von dem Ludwigsburger Bildhauer Dauner geschaffen wurde und im November eingeweiht werden soll. Die Denkmalsfigur — ein verwundeter Krieger, der seinen Verband abreißt — symbolisiert den Gedanken unverzagten Kampfwillens.

Roggenpreis und Kleievertwertung.

Kleie als Mastfutter.

Die Preisentwicklung für Roggen wird weitgehend bestimmt von der Nachfrage und der Preisbildung für Mehl. Jedoch kommt noch ein anderer bestimmender Faktor hinzu, nämlich der Kleiepreis. Ist die bei der Roggenvermahlung anfallende Kleie schwer absetzbar und dementsprechend der Kleiepreis niedrig, so ist eine starke Rückwirkung auf den Roggenpreis bzw. auf die Preisspanne zwischen Roggen- und Mehlpreis unvermeidlich. Der Höhe und der Entwicklung des Preises für Roggenkleie kommt demnach eine wesentliche stärkere Bedeutung zu, als gemeinhin angenommen wird.

Gerade jetzt, wo das Roggenbrotgesetz durch die gesetzmäßig festgelegte Verringerung des Ausmahlungsfalles von 70 auf 60 Prozent eine außerordentlich starke Vermehrung der Menge der in den freien Handel gelangenden deutschen Roggenkleie bringt, muß dem Absatz und der Preisgestaltung für Roggenkleie erhöhte Beachtung geschenkt werden. Bekanntlich wird ein großer Teil der bisher anfallenden Roggenkleie durch die landwirtschaftlichen Selbstversorger von den kleinen und mittelgroßen Mühlen im Wege des Umtausches zurückgenommen und im eigenen Betriebe verfüttert. Da man diese Mengen nicht kennt, ist der Umfang der in den freien Handel gelangenden inländischen Roggenkleie nur schätzungsweise zu erfassen. Die Menge dieser Roggenkleie wird auf etwa 800 000 Tonnen geschätzt. Man er-

wartet aber in Auswirkung des neuen Brotgesetzes einen zusätzlichen Mehranfall von rund 700 000 Tonnen Roggenkleie. Das dadurch sich ergebende Mehrausangebot auf dem Markte kann leicht zu spekulativen Zwecken ausgenutzt werden. Daher muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die geringere Ausmahlung des Roggens aber auch eine wesentliche Verbesserung der bisheriger, stark ausgezogenen und daher minderwertigen Roggenkleie zur Folge hat. Sie bietet nunmehr ein Milch- und Mastfutter, das der durchschnittlichen La-Plata-Kleie annähernd gleichwertig ist. Es muß gelingen, durch einen starken Eigenverbrauch dieses vorzüglichen Mast- und Arbeitsfutters ein etwaiges Überangebot von Roggenkleie im freien Handel und damit den Preisdruck sowohl auf Roggenkleie wie auf den Roggen zu verhindern.

Der Weg der verstärkten Eigenverfütterung von hochwertiger Roggenkleie würde vermutlich sehr viel schneller und sicherer zu dem Erfolge einer Entlastung des Klei- und Getreidemarktes führen als z. B. ein künstlich betriebener Auslandsabsatz von sogenannten Nachmehlen, da aus dieser Kleie gewonnen werden können. Abgesehen von einigen wenigen Betrieben mit abnorm geringer Viehhaltung könnten auf allen deutschen Gütern und Bauernhöfen mit Leichtigkeit 50 Prozent und darüber der aus dem eigenen Roggenverlauf anfallenden Kleie verbraucht werden. Der Vorteil eines erhöhten Eigenverbrauches von guter Roggenkleie liegt nicht nur in der Güte dieser Kleie selbst, sondern insbesondere in der Erhöhung und der Sicherung des Preises des Roggens durch Ausschaltung des Preisdruckes von seiten des Kleiemarktes.

Es ist im Zusammenhang mit diesem Kleieproblem schon des öfteren vorgeschlagen worden, zur Unterstützung der Hilfsmaßnahmen auf den Getreidemärkten einen gesetzlichen Abnahmevertrag für Roggenkleie zu schaffen. Ansprechender ist es, wenn durch die Selbsthilfe der roggensbauenden Landwirtschaft ohne gesetzlichen Zwang eine natürliche Absatzregelung geschaffen wird.

Kampf ums „Pilsner“.

Tschechisches — also Tschechisches.

Aus Brauereikreisen wird geschrieben: Die tschechischen Brauereien haben eine Kampagne gegen die deutschen Brauereien wegen der Bezeichnung „Pilsner Bier“ begonnen. Sie haben eine Anzahl deutscher Brauereien vor Gericht verklagt und Unterlassung dieser Bezeichnung verlangt, obwohl diese bei uns zur Vermeidung einer Täuschung des Publikums stets nur in Verbindung mit dem Orte der Herstellung in Deutschland gebraucht wurde, z. B. Gottesberger Pilsner, Radeberger Pilsner, Engelhardt Berliner Pilsner Bier. Das Wort „Pilsner Bier“ ist in Deutschland sowohl wie in anderen Ländern nichts weiter als eine Typenbezeichnung für einen bestimmten Charakter des Bieres, also eine Beschaffenheitsangabe, die von niemandem als eine zu Zwecken unlauteren Wettbewerbs vorgenommene Täuschung über die Herkunft des Bieres verstanden wird. Die Zulässigkeit einer solchen Bezeichnung ist auch vom Reichsgericht und von den höchsten Landesgerichten als durchaus einwandfrei anerkannt.

Unter diesen Umständen sollten die Tschechen lieber vor ihrer eigenen Tür stehen. Statt uns Deutschen den Absatz deutscher Ware in unserem eigenen Lande durch Prozesse und Schikanen zu erschweren, sollten sie sich einmal den auffälligen Gegensatz zum Bewußtsein bringen, der in der entgegengesetzten Behandlung tschechischer Waren in Deutschland und in der Ablehnung unserer deutschen Waren in der Tschechei besteht, ehe sie über unlauteren Wettbewerb reden. Hier ein paar Beispiele, die uns Deutschen die Augen öffnen sollten: Im Prager Repräsentationshause dürfen deutsche Zeitungen nicht gehalten werden. Für eine deutsche Ausstellung in Prag darf durch deutsche Plakate nicht geworben werden. An der Prager Beethoven-Feier durften Deutsche nicht mitwirken. Dagegen beziehen mit den Mitteln deutscher Steuerzahler arbeitende deutsche Baugesellschaften Hunderttausende von Öfen aus der Tschechei; der Absatz tschechischer Schuhe in Deutschland bedroht die Existenz der deutschen Schuhindustrie und die Verbreitung tschechischer Biere in Deutschland befindet sich in immer steigender Zunahme. Die Einfuhr von tschechischem Bier, die 1924 schon 134 579 Hektoliter betrug, ist seitdem von Jahr zu Jahr auf über 200 000 Hektoliter gewachsen. Es wird Zeit, daß die deutschen Biertrinker sich einmal bewußt werden, wie sie durch ihre bedauerliche Vorliebe für ausländisches Bier das deutsche Nationalvermögen, die deutsche Industrie und die deutsche Landwirtschaft schädigen. Zu einer solchen Bevorzugung ausländischer Waren liegt um so weniger Veranlassung vor, als die deutschen Waren sich in ihrer Beschaffenheit doch in vollem Umfange mit den tschechischen messen können.

Das Urteil gegen den Oberbürgermeister Böß.

Geldstrafe in Höhe eines Monatsgehalts. Das Disziplinargericht in Berlin als Berufungsinstanz fällte gegen den Berliner Oberbürgermeister Böß folgendes Urteil: „Unter Aufhebung des Urteils erster Instanz wird Oberbürgermeister Böß in eine Disziplinarstrafe in Höhe eines Monatsgehalts genommen.“ In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß der Oberbürgermeister sein Amt korrekt geführt habe, daß ihm jedoch in der Angelegenheit des von den Sklarek gelieferten Pelzes seiner Frau ein schwerer Vorwurf zu machen sei.

Es verlaute, daß der Oberbürgermeister nunmehr ein Urlaubsgeld einreichen und während der Urlaubszeit um seine Pensionierung einkommen werde. In eine Rückkehr des Oberbürgermeisters in sein Amt wird von seiner Seite mehr gedacht.

Die Sonderfonds des Oberbürgermeisters Böß.

Wie die Wohlfahrtsfonds verwendet wurden. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages zur Prüfung der Wirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung begann mit der Zeugenvernehmung über die Sonderfonds des Oberbürgermeisters Böß.

Der frühere Bureaudirektor des Oberbürgermeisters, Magistratsdirektor i. R. Schulte, bekundete, daß aus den Fonds, die für Wohlfahrtszwecke bestimmt gewesen seien, nicht nur Arme, sondern auch Künstler, Schriftsteller usw. unterstützt wurden. Kleinere Beträge seien einfach durch Einschreibebriefe geschickt worden. Böß habe oft aus seinen eigenen Mitteln kleine Unterstützungen gezahlt und sich dann das Geld zurückgeben lassen. Seiner, des Zeugen, Meinung nach sei der Oberbürgermeister nicht verpflichtet gewesen, bis ins einzelne über die Gelder, die ihm zur freien Verfügung überlassen worden seien, Rechenschaft abzulegen. Auf die Frage des Berichterstatters K. K. K., wie die Staatsregierung zu der Auffassung des Oberbürgermeisters stehe, daß er über die Wohlfahrtsfonds keine Rechenschaft habe ablegen müssen, erwiderte

Oberregierungsrat von Stein (Oberpräsident), Böß habe über die städtischen Fonds Verfügungsberechtigung gehabt und sei nicht zur Rechnungslegung verpflichtet gewesen. Auf die weitere Frage, ob die Regierung es billige, daß der Oberbürgermeister in einer Vollmacht das Verfügungsrecht über die Fonds für sich und seine Erben festgelegt habe, antwortete Oberregierungsrat von Stein, der Oberbürgermeister hätte besser geschrieben, daß die Verfügungsgewalt ihm und seinen Nachfolgern zustehe.

In der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses soll der Oberbürgermeister selbst gehört werden.

Lagung der entschiedenen Schulreformer.

Eröffnungssprache des preussischen Unterrichtsministers. Im Neuen Rathaus Berlin-Schöneberg tagt der öffentliche Kongreß des Bundes entschiedener Schulreformer, dem das Thema „Frauenbildung und Kultur“ zugrunde liegt. Der Kongreß wurde nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden des Bundes, Paul Ostreich, durch den preussischen Unterrichtsminister Grimme eröffnet. Der Minister ging auf die heutige Krisis der Frau ein, die darin bestehe, daß sich die Frau augenblicklich noch nicht seelisch von der Vorstellung der Übermachtstellung des Mannes befreit und dadurch in einer falschen Abwehrstellung dem Mann gegenüber auf einem Platz abseits ihrer eigentlichen Bestimmung befinde. Sodann sprach Prof. Honigsheim-Köln über die Frau in der Kulturrisis der Gegenwart und führte die Krise auf die einseitige rationale Einstellung unserer Gesellschaft zurück. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen ergriß Frau Ministerialrat Bäumer und Prof. Diesel das Wort.

Luftschutzbüfung in Ostpreußen.

„Flugwarndienst“ für die Zivilbevölkerung. In Königsberg i. Pr. findet eine dreitägige Luftschutzbüfung statt, die zum Zwecke die passive Abwehr von Flugangriffen hat. An der Übung nehmen unter Leitung von General von Mittelberger zahlreiche Vertreter der zuständigen Ministerien, Abordnungen von den verschiedenen Truppenteilen aus dem ganzen Reich, ferner die Feuerwehren, die Sanitätskolonnen sowie die Schutzpolizei und die Technische Nothilfe teil. Die Übung sah am ersten Tage die Durchführung einer Meldeorganisation vom Süden der Provinz bis Königsberg vor. Verbunden mit der Übung ist ein Flugwarndienst, der die Bevölkerung veranlassen soll, die richtigen Maßnahmen zum Schutze gegen Bombenabwürfe zu ergreifen.

Der deutsch-österreichische Luftverkehr.

Weiderseitige Befriedigung über die einheitliche Regelung. Reichsverkehrsminister v. Guérard richtete aus Anlaß des Inkrafttretens der zwischen Deutschland und Österreich abgeschlossenen Luftverkehrsordnung ein Telegramm an den österreichischen Bundesminister für Handel und Verkehr, in dem er es begrüßt, daß die Luftfahrt in Deutschland und Österreich eine gemeinsame Rechtsgrundlage erhalten habe. Bundesminister Dr. Schürf erwiderte auf dieses Telegramm, mit diesem Werte sei nicht nur ein weiterer Schritt zur Angleichung des Verkehrsrechts in beiden Staaten getan, sondern es werde die Schaffung gleicher Rechtsgrundlage auch das heute schon so enge Zusammenarbeiten der deutschen und der österreichischen Luftfahrt fortan noch weiter vertiefen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halber, den 2. Oktober 1930.

□ Neue Zehn- und Zwanzigmarktscheine in Sicht. In einigen Wochen wird, wie verlautet, die Reichsbank zwei neue Noten in den Verkehr geben, nämlich einen Zehn- und einen Zwanzigmarktschein. Das neue Papiergeld soll in seinen Bildern die deutsche Landwirtschaft und die Industrie bildlich zur Darstellung bringen. Die Zehnmarktnote trägt auf der Vorderseite das Bild des großen landwirtschaftlichen Wissenschaftlers Th. v. S., auf der Rückseite die Figur einer Schnittlerin. Der Zwanzigmarktschein zeigt Berner von Siemens und auf der Rückseite einen Industriearbeiter, der den Hammer schwingt. Außerdem weisen beide Scheine entsprechende Verzierungen auf. Für später ist die Ausgabe neuer Fünfzig-, Hundert- und Tausendmarktscheine geplant.

Halber

—(Wie aus dem Anzeigenteil dieser Zeitung zu ersehen ist, wird in den nächsten Tagen die in den vorigen Jahren angefangenen Aufräumungsarbeiten auf dem hiesigen Friedhof fortgesetzt, damit er zum Totenfeste ein unserer Toten würdiges Aussehen hat. Mit Befriedigung kann man beobachten, daß der weitaus größte Teil unserer

Gemeindeglieder auf die Pflege und Ausschmückung der Gräber ihrer Verstorbenen großen Wert legt, weshalb an Sonntagen und freien Nachmittagen unser Kirchhof auch das beliebteste Ziel der Spaziergänger ist. Leider aber gibt es auch noch Grabstätten, die ein Bild der Verwahrlosung bieten und dadurch bei allen, die von ihnen und Dankbarkeit zu ihrem Verstorbenen befeelt sind, Anstoß erregen. Solche Steine des Anstoßes aber müssen beseitigt werden. Darum sollen die Trauereschen, Lebensbäume und Hecken, die nicht beschnitten werden oder deren Größe und Umfang das zulässige Maß überschreiten, entfernt und Gräber, an die keine säubernde Hand mehr gelegt wird, eingeebnet werden. Wer daher auf die Erhaltung der Ruhestätten seiner Angehörigen Wert legt, der bringe sie umgehend in Ordnung, und wer aus besonderen Gründen eine Traueresche oder einen Lebensbaum auf Einzelgräbern nicht entfernt haben möchte, der setze sich frühzeitig mit dem Friedhofswärter in Verbindung.

—I Der an Stelle des verstorbenen Oberpostmeisters Peters nach hier versetzte Postmeister Heinrichs aus Westig b. Jserlohn hat am gestrigen Tage die Dienstgeschäfte beim hiesigen Postamt übernommen.

—I Vor der staatlichen Prüfungskommission des Provinzialhochschulkollegiums zu Münster bestand das Examen für mittlere Reife Frl. Ilse Klumpe, Tochter von Lehrer Klumpe zu Gilsfeld. In der wissenschaftlichen Abteilung des Musikseminars des Hagener Konservatoriums (Dir. Otto Laugs) ist sie durch Herrn Studienrat Dr. Reinerth vorbereitet worden. Mit dieser Prüfung ist die wissenschaftliche Vorbedingung zum Staatsexamen für Privatmusiklehrer gegeben.

—I Mit den Vorarbeiten zu dem Neubau des Herrn Dr. med. Kauer in der Taubertstraße hat die Baufirma Carl Brückmann hier selbst heute früh begonnen. Bei einigermaßen günstiger Witterung wird der Bau so weit gefördert werden, daß er noch vor Eintritt des Winters unter Dach kommt.

Schalksmühle

—I Zu der Filmvorführung des evangel. Presseverbandes, die am Sonntag in unserer Kirche stattfindet, wird noch besonders herzlich eingeladen. Es ist etwas ergreifendes, was geboten wird aus der Zeit der Vertreibung der evangel. Salzburger, die lieber die Heimat verließen, als ihren eogl. Glauben zu verleugnen. Der Film soll in dieser Zeit der Gleichgültigkeit evangelisches Glaubensbewußtsein stärken. Veräume es niemand, ihn sich anzusehen. Jeder wird hochbefriedigt sein.

—x Das bisherige Apollo-Theater im Hotel zur Post, das ja nur während der Wintermonate geöffnet war, ist neuerdings anderweitig verpachtet worden und wird voraussichtlich am Sonnabend, dem 11. Oktober neu eröffnet werden. Eine größere bestmünderte Filmgesellschaft will den Betrieb nunmehr in die Hand nehmen und ist zu erwarten, daß der kommende Winter mit den besten Filmen den Besuchern von Schalksmühle und Umgegend sehr abwechslungsreiche und angenehme unterhaltende Abende bieten wird. Diese neue Gesellschaft ist in der Lage das Beste und Modernste zu bieten, sodaß hier am Plage Gelegenheit genug sich bieten wird, wirklich gute Filme zu sehen, ohne deshalb nach auswärts fahren zu brauchen.

Kierspe

—s Versammlung des Vereins für Geflügelzucht. Am Mittwochabend fand im Hotel Plate eine Versammlung des Vereins für Geflügelzucht statt, die von dem Vorsitzenden Osenberg geleitet wurde. Eingangs der Tagesordnung wurde ein kurzer Bericht über die gemeinsame Sitzung mit dem Geflügelverein Schnörrenbach gegeben, der mit Befriedigung aufgenommen wurde. Für die Kreisverbandschau in Kierspe-Bhf. beim Verein Schnörrenbach soll der übliche Ehrenpreis gestiftet werden. Gemäß getroffenen Abmachungen wird dieses Mal kein Kunstgegenstand, sondern Bargeld zur Verfügung gestellt. Am Sonntag findet in Lüdenscheld eine Kreisverbandsversammlung statt, an welcher der Vorsitzende Osenberg teilnimmt. Sodann wurde die 4. Westfälische Provinzial-Verbandschau, die vom 14.—16. November stattfindet, besprochen. Die Schau soll von Züchtern des hiesigen Vereins besichtigt werden. Außerdem wurde ein Besuch der Ausstellung geplant, zu dem sich bereits mehrere Mitglieder meldeten. Sofern weitere Mitglieder Interesse hieran haben, wolle man sich mit dem Vorstand in Verbindung setzen. Die nächste Versammlung des Vereins soll Anfang November stattfinden.

Rönshahl

—r In der Sitzung der Gemeindevertretung von Rönshahl die am 30. v. M. in der Wirtschaft Säge zu Rönshahl unter Teilnahme sämtlicher Gemeindevertreter unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Buchholz und im Beisein des Bürgermeisters Hillebrandt stattfand wurde folgendes verhandelt und beschlossen: Die Jahresrechnung für 1929 wurde in Einnahme auf 119 188,27 RM. in Ausgabe auf 127 728,01 RM. festgestellt. Der Vorschuß von 8539,74 RM. ist auf die nächstjährige Rechnung zu übernehmen. Nachdem einige Erinnerungen der Rechnungsprüfungskommission erledigt worden waren, wurde dem Rendanten Entlastung erteilt. Rennenswerte Haushaltsplanüberschreitungen sind für 1930 nicht vorgekommen. Der Verlängerung eines Holzabfuhrweges im Gemeindegeld an der Wipper wurde zugestimmt. Der Gemeindevorsteher erstattete eingehend Bericht über die Holzverkäufe und Waldvermessungen. Nach Möglichkeit sind in diesem Rechnungsjahr noch einige Waldstücke zu reinigen. Als Schiedsmannstellvertreter wurde der Rendant Friedrich Gogarten wiedergewählt. Von der Beschaffung eines Schildes „Amt des Schiedsmannes“ wurde abgesehen. Die bisher nicht katastrierten Wege sollen nicht katastriert werden. Am Barmertweg sind an den schlechtesten Stellen die bereits angefahrenen Steine aufzubringen, sobald der Haushaltsplan es gestattet. Wegen Auflassung verschiedener Wegestücke am Barmertweg (Sperrenumfuhrungsweg) ist mit dem Landwirt Reininghaus erneut zu verhandeln. Vertretung erklärt sich grundsätzlich bereit, der Krüppelanstalt Bolmarstein einige Christbäume für eine Weihnachtsfeier unentgeltlich zu überlassen. Der Feuerwehrturm in Bärhausen kann erst 1931 ausgeführt werden. Ebenso muß die Be-

schaffung einer Tragbähre für die Sanitätskolonne bis dahin zurückgestellt werden. Am Postgebäude ist zu prüfen, wie die neuen Fenster gedichtet werden können. Von der Einführung der Biersteuer wie Getränkesteuer wurde bis auf weiteres abgesehen. Vom Spiel- und Turnplatz werden die Linden entfernt, um ihn breiter zu machen und auf dem Friedhof verpflanzt. Einige Unterstützungsfachen wie Steuerangelegenheiten wurden in der anschließenden Geheimnissitzung erledigt. Die Sitzung dauerte etwa 3 Stunden.

—) Erntedankfest in Rönshahl. Am Sonntag findet in unserer Kirche das Erntedankfest statt. Der evangelische Kirchenchor unter Leitung von Lehrer Köhler wird zur Verschönerung der Feier beitragen.

—) Pflug vom Felde gestohlen. In Benninghausen wurde einem Landwirt in der Nacht zum Montag ein Pflug entwendet. Den sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen gelang es, ihn in einem Walde bei Kiersper Wäldern wieder aufzufinden. Ebenfalls wurde einem Landwirt in Barmert ein Pflug entwendet, der aber noch nicht gefunden wurde.

—) Ohl-Rönshahl, 1. Okt. Heute kam die Witwe W a g e n e r in Ober-Gogarten ihren 90. Geburtstag feiern. Gesternabend erschien bereits der Evangelische Jungmännerverein Glaschopper und sang den Chor „Lobet den Herrn“. Heute vormittag gratulierte Herr Pfarrer Dechert im Namen der Evangelischen Gemeinde. Auch zahlreiche andere Gratulanten erschienen zu diesem so seltenen Ereignis.

—) Brügge, 2. Okt. Der Kirchenchor wird am 12. Oktober, nachmittags 5 Uhr im Saale des Herrn Niggeloh eine Aufführung des Märchenspiels „Die Heinzelmännchen von Köln“ veranstalten. Der Kirchenchor bittet um zahlreichen Besuch. — Am vergangenen Dienstag fand die Weihnachtsverlosung der Frauenhilfe statt, die einen Reinertrag von 368,30 RM gebracht hat.

—) Brügge, 1. Okt. Besichtigung des Geschäfts- und Wohnhauses des Herrn Robert Benedikt, welches vor einigen Wochen bei einer Versteigerung in den Besitz des Kreises Altena übergegangen war, wurde jetzt von dem Kreisleiter Schulte in Halber käuflich erworben.

—) Brügge, 1. Okt. Sportplatzvergrößerung. Der Fußballklub Brügge ist damit beschäftigt, seinen Sportplatz in Brügge-Winkhausen zu vergrößern. Da dieser an einer Seite an die Bolme und auf der anderen an die Eisenbahnlinie nach Schalksmühle grenzt, sind die Platzverhältnisse sehr beengt. Man ist dazu übergegangen, die Böschung nach der Bahnlinie zu abzunehmen. So gewinnt man einige Meter in der Breite Platz. Auch wird der Platz mit einem Zaun umgeben. — Die katholische Kirchenmeinde gibt jetzt ihrem Gotteshaus ein schönes Aussehen. Mit dem Verputzen der äußeren Front ist begonnen worden.

—) Lüdenscheld, 2. Okt. Bernhard Noell †. Gestern früh ist an seinem Arbeitsplatz im Kontor der Firma Westf. Kupfer- und Messingwerke A.-G. vorm. Cap. Noell, der Sohn des Gründers dieser Firma, Herr Bernhard Noell im Alter von 62 Jahren durch einen Schlaganfall einem plötzlichen Tode erlegen. Mitten aus frischer Arbeitstätigkeit hat ihn der Tod dahingerafft. Von Jugend an war Bernhard Noell im väterlichen Geschäft tätig und gehörte auch der Westf. Kupfer- und Messingwerke Akt.-Ges. als Vorstandsmitglied und später im Aufsichtsrat an.

—) Lüdenscheld, 2. Okt. Vorläufig keine Oberbürgermeisterwahl in Lüdenscheld. Auf die Ausschreibung der Oberbürgermeisterstelle sind über 100 Angebote eingegangen. Wie wir hören, ruht die Angelegenheit einstweilen, da die Sorge um die Deckung des städtischen Fehlbetrages in Höhe von 164 000 Mark alles andere zurücktreten läßt. Der Ausschuß hat bisher lediglich die eingegangenen Bewerbungen zur Kenntnis genommen.

—) Altena, 1. Okt. 100 Mark, im Jahre 1882 geliehen, in diesen Tagen zurückgezahlt. Gewissensbisse sind es sicherlich gewesen, die dieser Tage eine ältere Frau veranlaßten, eine vor langen Jahren eingegangene Schuld zu tilgen. Im Jahre 1882, also vor 48 Jahren, ließ sie sich von dem Vater eines hiesigen Geschäftsmannes 100 Mark, sicherlich mit dem redlichen Willen, diesen Betrag so schnell als möglich zurückzugeben. Aber die Jahre flossen, man verzog von Altena, galt als verschollen und die 100 Mark wurden mit manchem anderen von dem Geschäftsmann in den Schornstein geschrieben. Nun tritt dieser Tage ein altes Mütterchen auf, fragt sich durch die Straßen; man hilft ihm zuhelfen. Tränen rollen über die runzeligen Wangen, als sie erzählt, daß sie dem, der ihr einst in bitterer Not hilfreich zur Seite stand, nicht mehr persönlich für seine Hilfe danken kann, da ihn längst der kühle Regen deckt. Ein verlegenes Kesteln an ihrer Tasche, dann zählt sie dem Sohne des verstorbenen Geschäftsmannes unter Vorlage der Schuldurkunde 100 Reichsmark auf den Tisch und froh; von ihrer sie seelisch schwer bedrückenden Geldschuld befreit zu sein, geht sie unter vielen herzlichsten Dankworten. Ehe der Empfänger des Geldes sich von seiner Ueberraschung erholt hat, ist sie schon verschwunden.

—) pn. Sprockhövel, 2. Oktober. Herabgefallener Starkstromdraht tötet zwei Pferde. Eine unangenehme Ueberraschung erlebten zwei Landwirte die mit ihren Milchfuhrwerken vom Rodenberg nach Quellenburg unterwegs waren. Beide Pferde brachen plötzlich mitten auf der Straße ohne ersichtlichen Grund zusammen. Als dann der eine Landwirt nach seinem gestürzten Pferde griff, erhielt er einen elektrischen Schlag. Es stellte sich heraus, daß ein Draht der Starkstromleitung herabgefallen und von den Pferden berührt worden war.

Schlusssdienst.

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Preussenregierung.

Berlin. Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages hat einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtministerium in Preußen eingebracht. Der Altestenrat des Preussischen Landtages ist für Montag nächster Woche zusammenberufen worden, um sich über die parlamentarische Behandlung dieses Mißtrauensantrages schlüssig zu machen.

Nationalsozialistische Umzüge in Frankfurt a. M. verboten.

Frankfurt a. M. Am 4. und 5. Oktober findet in Frankfurt a. M. ein Goutag der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei statt, bei dem Adolf Hitler in einer öffentlichen Versammlung sprechen wird. Die Polizei hat nunmehr die hier-

München. Zum Finanzprogramm der Reichsregierung schreibt der Völkische Beobachter u. a.: „Das wir hier an Sanierungsprogramm vorserbirt erhalten, ist eine furchtbare Volksbelastung. Auch die deutschen Beamten können jetzt gemeinjam mit allem Volk zusehen, daß die Börse und Großbanken ebenso wie Großwarenhändler ungeschoren davontommen, die schaffende Nation aber die Folgen der zwölfsährigen verbrecherischen Politik zu tragen hat. Begrüßen tun wir allerdings die Gehaltsstürzung des Reichspräsidenten, der Minister und der Diäten der Abgeordneten. Schließlich kommt das Blatt zu dem Ergebnis, daß das Programm der Brüning-Nichtregierung untragbar sei, denn es tue nichts anderes als die Young-Slaverei zu stabilisieren, und es fordere vom deutschen Volk die Anerkennung, ein versklavtes Volk zu sein und es bleiben zu wollen.“

Weimar. Mit Rücksicht auf die zum hundertjährigen Todestage Goethes am 22. März 1932 beabsichtigte großnationale Feier plant man bereits seit Jahren den Bau einer großen Stadthalle. Um die Goethe-Feier in Weimar zu fördern und in Anbetracht der katastrophalen Erwerbslosigkeit entschloß sich der Stadtrat, dem Bauplan der Stadverwaltung seine Zustimmung zu geben. Mit dem Bau der Halle, deren Kosten sich auf 1,1 Millionen Mark belaufen, wird sofort begonnen werden.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Wünsche für kostenlosen Probebezug sind an den Verlag der RWZ in Essen zu richten.

Ozonil

das vorzügliche
selbsttätige Waschmittel

Telefon 3384. **Gebr. Schätte.** Lüdenscheid.

Lustiges Beiprogramm.

oldenb. Schweinen
(zum Nachmästen)
zum Verkauf.
Kämpfer, Denneking.